



Transatlantische Beziehungen neu gedacht: *Public Diplomacy* vermittelt wichtige Zukunftsthemen

Dr. Meike Zwingenberger & Dr. Benjamin Becker

„America is back!“ Dieses Credo seiner noch jungen Regierung unterstreicht US-Präsident Joe Biden auch und vor allem mit seinem ambitionierten Umweltprogramm, das er symbolträchtig am *Earth Day* vorstellte. Für seine transatlantischen Partner ist das durchaus als Einladung zu verstehen: Wohl kaum ein Thema wird zukünftig mehr Möglichkeiten zur globalen Zusammenarbeit bieten – und diese erfordern. Eine zukunftsorientierte Klimapolitik birgt das Potential, zu jenem *neuen transatlantischen Narrativ* zu werden, das seit Jahren vermisst und gesucht wird. Vergleichbar mit dem *Burden Sharing* im Sicherheitsbereich wird es in Zukunft darum gehen, gemeinschaftliche und gerechte Lösungen von Klimafragen zu finden. Dies ist gerade bei jungen Generationen anschlussfähig und erfordert eine wahrhaft globale Perspektive, denn die Abholzung des Regenwalds in Südamerika, Dürren in Afrika und Überschwemmungen in der Karibik betreffen uns alle mittel- oder unmittelbar. Daher dürfen Diskussion und Ziele der Klimapolitik nicht vorrangig von politischen Eliten und unternehmerischen Entscheidungsträgern verhandelt werden; vielmehr sollte Klimapolitik auch eine zentrale Rolle in der transatlantisch verankerten *Public Diplomacy* einnehmen. Dies steht dabei exemplarisch für einen neuen Ansatz innerhalb der transatlantischen Beziehungen, der sich auch auf weitere Handlungsfelder übertragen lässt: darunter Gesundheit, Arbeit, Digitales sowie (Cyber-)Sicherheit.

Public Diplomacy schafft gegenseitiges Verständnis

Das Konzept der *Public Diplomacy* vereint die Handlungsfelder der (Außen-)Politik und der Diplomatie und richtet sich speziell an die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit eines anderen Landes. Mit Maßnahmen sowohl der Völkerverständigung als auch des politischen Marketings sollen das Bild des eigenen Landes sowie die Beziehung zweier Länder und Kulturen zueinander verbessert werden. Dies dient sowohl der kurzfristigen Erläuterung von offiziellen Regierungspositionen als auch und vor allem dem langfristig angelegten Beziehungsaufbau – auch mit dem Ziel, für gegenseitiges Verständnis bei (zukünftigen) unterschiedlichen Positionen zu werben.

Neben staatlichen Akteuren und politischen Stiftungen tragen insbesondere nicht-staatliche Organisationen und Kultureinrichtungen zu einer glaubhaften Vermittlung im Sinne der *Public Diplomacy* bei. Kennzeichnend für deren Vermittlungsarbeit ist die Zusammenarbeit mit alltagsnahen Institutionen, darunter Jugendeinrichtungen und Schulen, Volkshochschulen, Universitäten und der gesamte außerschulische Bildungssektor. Eine besondere Rolle kommt zudem internationalen Austauschprogrammen zu, da diese unmittelbare interkulturelle Kontakte schaffen, die in der Regel in lebenslangen Informations- und Beziehungsnetzwerken resultieren. Die Alumni solcher Programme werden zudem ihrerseits zu glaubwürdigen Berichterstattern und Multiplikatoren.

Auf deutscher Seite ist das Goethe-Institut als größte Mittlerorganisation innerhalb der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik bis heute weltweit tätig. Sein US-amerikanisches Gegenstück in Deutschland waren bis Ende des 20. Jahrhunderts die Amerikahäuser, die mit dem Ende des Kalten Kriegs sukzessive geschlossen wurden – und heute in stark reduzierter Zahl von unterschiedlichen deutschen Trägern in inoffizieller Nachfolge fortgeführt werden. Zentrales Merkmal ihrer zivilgesellschaftlichen Vermittlungsarbeit ist ein Fokus sowohl auf politische als auch und insbesondere gesellschaftlich-kulturelle Themen. Musik, Literatur und Kunst – und heute in noch stärkerem Maße Filme und Serien – werden somit zu zentralen Instrumenten der *Soft Power*, da sie emotionale Verbindungen erzeugen. Die Nordamerika-Historikerin Jessica Gienow-Hecht verweist in diesem Zusammenhang auf die große Bedeutung von Emotionen und Marketing für erfolgreiche Diplomatie.

Ganz allgemein kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren eine besondere Rolle zu: Durch die Entwicklung des Internets und moderner Kommunikationsformen steigt ihr Einfluss auf (trans-)nationale Diskurse – im Guten wie im Schlechten. So resultiert der Informationsüberfluss oft in einem Gefühl der Orientierungslosigkeit, was wiederum die Bildung der sprichwörtlichen Filterblasen und Echokammern begünstigen kann. In der Konsequenz trägt dies dann nicht zu einer aufgeklärte(re)n Öffentlichkeit bei, sondern verstärkt vielmehr Partikularinteressen und – im schlimmsten Falle – die gesellschaftliche Spaltung. Dieser kann und sollte durch Interaktion, Aktivierung und Dialog als wirksame Strategien entgegengewirkt werden.

Auf der Suche nach einem neuen transatlantischen Narrativ

Das große Projekt der Demokratie, von den Amerikanern am Kriegsende nach Deutschland gebracht, beginnt zu erodieren. Die Amerikahäuser in US-amerikanischer Trägerschaft, die Neugründungen der *American Studies Departments* an den westdeutschen Universitäten und die neugegründeten Journalistenschulen waren Teil der instituti-

onellen Infrastruktur von *Re-Education* und Demokratisierung. Diese institutionalisierten Instrumente der *Soft Power* stehen für die transatlantische Bindung des letzten Jahrhunderts und bieten nicht notwendigerweise Ankerpunkte und Orientierung für eine multipolare Welt des 21. Jahrhunderts.

Weder die Analogie eines neuen Kalten Krieges noch die Weitergabe von stereotypen Bildern führen heute zu einem vergleichbaren gegenseitigen Verständnis. Viele Deutsche haben das Vertrauen in die US-Demokratie verloren, wie eine Studie der Körber-Stiftung aus dem Jahr 2020 belegt. Gerade in den letzten Jahren, und insbesondere in den jüngeren Generationen, ist verstärkt die Rede von einem *neuen transatlantischen Narrativ*, welches die transatlantische Kluft überwindet und für eine Wiederbelebung, vielleicht sogar Euphorie der transatlantischen Beziehungen jenseits der Politik- und Wirtschaftseliten sorgen kann. Bildung und edukative Ansätze spielen dabei eine entscheidende Rolle, und ebenso eine neue Offenheit für Unterschiedlichkeiten: Denn Vertrauen kann nur entstehen, wenn grundsätzliche Unterschiede im politischen System und hinsichtlich innenpolitischer Fragestellungen erkannt, kritisch betrachtet, aber schlussendlich auch anerkannt werden.

Die zukünftige Gestaltung der internationalen Klimapolitik, das internationale Management der Gesundheitsökonomie nach der Corona-Pandemie, die Veränderungen im Arbeitsbereich und die Struktur einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur sind Zukunftsfelder, in denen die transatlantischen Beziehungen neue Stärke entwickeln können. Dass Präsident Joe Biden bereits für Mai 2021 einen großangelegten *Democracy Summit* in Kopenhagen angekündigt hat, weckt Hoffnungen sowohl mit Blick auf das unmittelbar betroffene Demokratie-Thema – relevanter denn je nach den gewaltsamen Ausschreitungen des 6. Januars 2021 – als auch darüber hinaus. Am Beispiel der gemeinschaftlichen Entwicklung von Impfstoffen gegen COVID-19 zeigt sich ganz aktuell die Bedeutung von internationaler und speziell transatlantischer Zusammenarbeit. Schon jetzt steht fest, dass globales *Health Management* eine zentrale Aufgabe der Zukunft sein wird.

Die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaften trägt zu Veränderungen von gesellschaftlichen Strukturen und Arbeitsprozessen bei. Digitale Veranstaltungen und Dialogforen können einander näherbringen und Verständnis fördern, auch wenn sie persönliche Begegnungen nicht ersetzen. Die Digitalisierung birgt hier große Chancen nicht nur im Forschungsbereich und in unternehmerischen Prozessen, sondern auch für die Zivilgesellschaft. So ist es deutlich leichter möglich, sich mit transnationalen Interessensgruppen zu verbinden. Gleichsam sorgen Desinformation und Manipulation sowie resultierende Sicherheitsthemen für neue Herausforderungen. *Cybersecurity* als wirksame Gefahrenabwehr kann nur multinational erfolgreich umgesetzt werden.

Fragestellungen einer zukünftigen Sicherheitsarchitektur im transatlantischen Raum verbinden sich deshalb nicht nur mit der Finanzierung der NATO. Das *Burden Sharing* muss dauerhaft auf die veränderten Bedingungen eingehen. Die Investitionen der USA im militärischen Bereich können Europa und besonders Deutschland durch Investitionen in technische Bereiche und in die *Knowledge*-Struktur ergänzen. Diese hochkomplexen Prozesse sollten nicht nur in Gesprächen hinter verschlossenen Türen, sondern ganz dringend auch in öffentlichen Diskussionen thematisiert werden – die Bevölkerung wird sonst nicht ‚mitgenommen‘.

Moderne Vermittlungsformen für die transatlantischen Beziehungen von morgen

Die intensive Beschäftigung der jungen Generation mit den Protesten der *Black-Lives-Matter*-Bewegung – auf beiden Seiten des Atlantiks – verdeutlicht den globalen Charakter dieser und verwandter Themen, also: die Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und politischem Extremismus sowie den Einsatz für Diversität und Chancengleichheit in unseren Gesellschaften. Dies bietet Chancen für gemeinsame transatlantische Programme, zumal die Proteste an Traditionen früherer sozialer Reformbewegungen in den USA anknüpfen. Neu sind einzig die höhere Taktung und die Vermittlung eines neuen Nähe-Gefühls via *Social Media*.

Die verbindende Kultur-, Medien- und Unterhaltungsindustrie, die viele dieser Themen verarbeitet, sollte in der *Public-Diplomacy*-Vermittlung eine noch größere Rolle spielen. Zumal der Austausch dank digitaler Plattformen einfacher geworden ist. Kulturhäuser, Ausstellungsorte, Jugendclubs und die deutsch-amerikanischen Institutionen können als zivilgesellschaftliche Einrichtungen wichtige Plattformen für Austausch und Dialog, Bildung und Weiterbildung sein. Sie vermitteln zwischen dem politischen Elitendiskurs und einer breiteren Bevölkerung. Die wichtigen gesellschaftlichen Themen werden hier nicht nur diskutiert, sondern es wird das Bewusstsein für zentrale Fragestellungen geschärft, was unmittelbar zu einer Stärkung des zivilen Engagements beiträgt. Durch die kritische Auseinandersetzung und die Ermöglichung persönlicher Kontakte erhöht sich zudem das Vertrauen zueinander.

Bei aller digitalen Euphorie sollten Schul- und Universitäts- sowie Städtepartnerschaften und die Weiterentwicklung von niedrigschwelligen Austauschprogrammen, etwa für Berufsschüler*innen, weiterhin ein wichtiger Teil der transatlantischen Kulturarbeit bleiben. Land und Leute kennenzulernen ist gerade heute wichtiger denn je: Gegenseitiges Kennenlernen baut oft Ängste und Vorurteile ab und trägt dazu bei, komplexe Herausforderungen besser zu bewältigen.

War *Public Diplomacy* früher sehr zielgruppenorientiert und auf individuelle und hochrangige Gesprächsrunden fokussiert, ist der Anspruch heute eine breite Kommunikation. Dazu gehören Online-Strategien, wie sich die Kernbotschaften auch in den neuen Medien wie Facebook und Twitter kommunizieren lassen. Neben der Informationsvermittlung spielt auch die Schulung von Multiplikatoren – etwa Lehrer*innen, Wissenschaftler*innen und Didaktiker*innen für digitale Formate – eine zentrale Rolle, die besonders im virtuellen Kontext gut eingesetzt werden kann.

Der Digitalisierung der Kommunikation sollte deshalb eine hohe Priorität eingeräumt werden. Die Online-Vermittlung sollte dabei mit eigenen Programmschwerpunkten (Hackathon, Workshops, Breakout-Sessions) thematisch umgesetzt werden und nicht nur Nebenprodukt klassischer

Veranstaltungen sein. Websites und *Social-Media*-Kanäle sind aktive Instrumente zur Kommunikation und nicht nur statische Verzeichnisse der angebotenen Leistungen. Die digitalen Formate sind dann attraktiv, wenn sie ein agiles, technologieaffines Publikum ansprechen und gleichsam für alle Zielgruppen leicht zugänglich sind.

Public Diplomacy als Weg in eine transatlantische Zukunft

Auch wenn damit zu rechnen ist, dass die USA unter Präsident Joe Biden wieder auf der politischen Weltbühne vertreten sein werden, wird der Fokus zukünftig noch stärker auf der US-amerikanischen Innenpolitik liegen: sowohl aufgrund der zunehmenden Polarisierung innerhalb der US-Gesellschaft als auch durch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, mit Investitionen und Staatsverschuldung in bislang ungekannten Höhen. Gerade Städte und urbane Zentren könnten sich hier als Hebel für die Wiederbelebung und Modernisierung der transatlantischen Beziehungen jenseits etablierter Formate erweisen. Wenn transatlantische *Public Diplomacy* als Schaffung eines effizienten Dialograumes begriffen wird, müssen technologische Möglichkeiten zur Kommunikation unter Einbindung großer Teile der Bevölkerung effizient genutzt werden. Neue und bislang wenig gehörte Stimmen werden den Dialog des politischen Establishments bereichern, um Themen für unterschiedliche Zielgruppen verständlich und interessant aufzubereiten.

Sozialstaatsprinzipien, Besteuerungssysteme und die Rolle des starken Staates wurden und werden während der Corona-Pandemie einer kritischen Reflexion unterzogen. Diese Prozesse werden sich fortsetzen. Zwar bleiben Sicherheits- und Handelsfragen auch in Zukunft zentrale transatlantische Themenfelder. Sie werden jedoch ergänzt durch zivilgesellschaftliche Themen von zunehmender Bedeutung: Gesundheitsmanagement, Polizeireform und Bürgerrechte, Einwanderung, die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit, der Umbau der Steuersysteme, Klimapolitik und, speziell in den USA, ein gerechteres Gesundheitssystem. Diese Themenfelder stehen für gesellschaftliche Weiterentwicklungen auf beiden Seiten

des Atlantiks. Institutionen, die vielfältige Stimmen und Dialogforen einbinden, um diese Themen gegenüber einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, prägen im besten Sinne einer *Public Diplomacy* die transatlantischen Beziehungen von morgen.

Über die AutorInnen

Dr. Meike Zwingenberger ist seit 2013 Geschäftsführerin der Stiftung Bayerisches Amerikahaus gGmbH – Bavarian Center for Transatlantic Relations in München. Das Amerikahaus München ist das größte transatlantische Zentrum Deutschlands. Von 2007 bis 2013 war sie Geschäftsführerin der Bayerischen Amerika-Akademie. In den Jahren 1996 bis 2006 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians Universität München beschäftigt. Im Jahr 2006 war sie als Stipendiatin der kanadischen Regierung an der University of British Columbia, Vancouver. Mehrere Forschungs- und Studienaufenthalte führten sie in die USA, unter anderem an die Harvard University, die University of California, Berkeley und die University of California, Los Angeles. Sie promovierte an der Ludwig-Maximilians Universität München im Fach Amerikanische Kulturgeschichte.



Dr. Benjamin Becker leitet als Direktor die Geschäftsstelle des AmerikaHaus NRW e.V. In früheren Funktionen war er u. a. für die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission und die American Academy in Berlin tätig. Er ist Alumnus des Fulbright-Programms, des Atlantik-Brücke-Young-Leaders-Programms und des Aspen-Seminars. Sein Englisch- und Geschichtsstudium führte ihn nach Bonn, Köln und Atlanta. An der Universität zu Köln wurde er mit einer Arbeit zum Interkulturellen Lernen promoviert.



Dieser Text stellt die persönliche Ansicht der AutorInnen dar. Sie sprechen ausdrücklich nicht im Namen der mit ihnen assoziierten Institutionen.

Über diese Reihe

In Anknüpfung an die virtuelle Veranstaltungsreihe **Road to Election Night & Beyond** begleiten elf transatlantische Institutionen und politische Stiftungen Joe Bidens Innen- und Außenpolitik über seine ersten 100 Tage im Amt hinaus im Rahmen dieser Publikationsreihe. Wir möchten das hoffnungsvolle Momentum nach seiner Amtseinführung aufgreifen und **Transatlantische Impulse** für die Zusammenarbeit zwischen den USA, Deutschland und Europa setzen. Mehr Informationen zur Reihe gibt es unter dem Hashtag #TransatlantischeImpulse und via <https://transatlantische-impulse.de>.

Partner: American Chamber of Commerce in Germany, American Council on Germany, Amerikahaus München, AmerikaHaus NRW, Aspen Institute Germany, Atlantik-Brücke, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, The German Marshall Fund of the United States, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung.

Herausgeberschaft: Aspen Germany et al.

ISSN: 2748-2480

Redaktion: Laura Senftleben/Dr. Stormy-Annika Mildner

Design & Layout: Laura Senftleben